

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.



Die ganze zivilisierte Welt —

Freund wie Feind — folgt den Verhandlungen unseres Mannheimer Parteitagess mit hochgepanntem Interesse. Warum? Weil die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche klassenbewusste Arbeiterschaft es verstanden hat, sich eine Nachstellung zu erkämpfen, die selbst ihren hämischsten Gegnern Anerkennung, Respekt und Stutzen abzwingt.

Unsere organisatorischen Erfolge, unsere agitatorische Strohkraft, der beispiellose Optimismus des deutschen Proletariats — sie sind sprichwörtlich bei Freund und Feind.

In einer Hinsicht aber könnte es bei uns doch weit besser bestellt sein:

Unsere Presse

muß immer mehr und mehr Eingang finden bei denen, deren Interessen die Sozialdemokratie so tapfer vertritt.

Sieben hat Genosse Serisch auf dem Parteitage berichtet, daß unsere Presse in den letzten drei Jahren

264 888

Abonnenten gewann! Und daß wir augenblicklich in Deutschland über einen Abonnentenstand quittieren können, der durch die Zahl

837 790

ausgedrückt wird! Unser Parteikassierer schloß seine Ausführungen mit der programmatischen Forderung, daß wir es bis 1908, bis zu den nächsten Reichstagswahlen, bringen müssen auf:

Sine Million Abonnenten und eine halbe Million Organisierter!

Eine Million Abonnenten! — Ein halbes Duzend bürgerlicher Presheorgane Deutschlands kann mit einer Million Abonnenten aufwarten. Und wir sollten unter halbes Hundert Parteizeitungen nicht bald so weit wenigstens bringen?

Parteigenossen Groß-Berlins! Der „Vorwärts“, das Zentralorgan unserer Partei, muß mit dem besten Beispiele vorangehen, wenn wir bis 1908 die

erste Million

Abonnenten auf unsere Parteipresse voll haben sollen. Er muß vorangehen, und er wird vorangehen, wenn Ihr den festen Vorsatz faßt und mit gewohnter Energie ausführt: In den unserer Parteipresse an der ersten Million noch fehlenden 162 210 Abonnenten nicht den geringsten Teil heranzuschaffen.

Die indifferente Presse in und um Berlin, die Presse der Lauen, der Halben, der Gleichgültigen, der

Arbeiterfeinde

müssen wir endlich niederzwingen. Wir müssen es um so eher erreichen, als wir ja — ganz abgesehen davon, daß für Arbeiter und Arbeiterinnen überhaupt kein anderes Blatt Groß-Berlins in Betracht kommen dürfte — auch im allgemeinen in bezug auf Aktualität, Promptheit und Sämelligkeit des Nachschickens und Depeschendienstes es allmählich mit den größten und teuersten bürgerlichen Presheorganen aufnehmen können.

Wir haben uns Mühe gegeben, dem Gange der großen russischen Revolution auf Schritt und Tritt zu folgen, vor den Augen unserer Leser ein Bild zu entrollen von diesem gewaltigen Epos der Weltgeschichte, das mitzuerleben uns vergönnt ist. Wir werden uns bemühen, diesen Teil unseres Blattes immer sorgfältiger auszubauen, damit unsere Leser noch besser informiert werden über die Leiden, die Rußlands Volk jetzt zu erdulden hat, über die heroischen Kämpfe, die unsere heldenhaften Genossen und Freunde im Osten gegen den verruchten, verbrecherischen Zarismus führen.

Unter nicht geringen Opfern haben wir Upton Sinclairs schnell berühmt gewordenen Roman

The Jungle

(„Der Sumpf“)

erworben, mit dessen Abdruck wir im Oktober beginnen werden.

Nach allen Richtungen hin denken wir das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie so auszubauen, daß unsere Genossen die Propaganda für ihren „Vorwärts“ mit immer größerem Stolz aufnehmen dürfen.

Der September geht zu Ende. Der 1. Oktober, das neue Quartal, steht vor der Tür. Es ist höchste Zeit zu werben, zu sammeln, zu agitieren.

„Vorwärts“!



Teuerung.

Die Preise der Lebensmittel steigen immer höher. Mit der Aera besseren Geschäftsganges, die vor drei Jahren nach einer mehrjährigen Wirtschaftskrise einsetzte, hat zugleich ein erneuter Aufstieg der Lebensmittelpreise begonnen, der die geringen Lohnaufbesserungen, die während der letzten Jahre einzelne Arbeiterschichten in schweren Kämpfen errungen haben, nicht nur völlig ausgleicht, sondern darüber hinaus die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft unter das Niveau herabzudrücken droht, das diese in der Aufschwungperiode der Jahre 1896/1900 erreicht hatte.

Zu einem gewissen Teil ist es sicherlich der durch die Besserung der Geschäftslage gewedete und vermehrte Bedarf, der zu den Preiserhöhungen beiträgt, doch ist die Bedarfssteigerung nur eines der in Betracht kommenden Momente. Noch weniger läßt sich das Emporschnellen der Preise auf Mißernten und Mißwachs zurückführen, die in früheren Zeiten meist die Ursachen einer Lebensmittelteuerung waren. Deutschland hat in den letzten Jahren verhältnismäßig gute Ernten gehabt. Zwar ist im Jahre 1904 die Kartoffel- und Futtermittelernte unter dem Durchschnittsergebnis des vorausgegangenen Jahres um 10 Prozent zurückgefallen; dafür aber stellte sich der Roggenertrag höher als jemals vorher in Deutschland, und der vorjährige Weizenertrag ist seit Jahrzehnten nur dreimal um ein Geringes übertroffen worden, in den Jahren 1899, 1900 und 1902. Auch das Jahr 1905 hatte eine relativ gute Weizen- und Roggenernte, wenn auch nicht eine so günstige, wie im vorausgegangenen Jahre; und die Kartoffel- und Futterernte lieferte einen Ertrag, wie ihn die deutsche Landwirtschaft noch niemals gesehen. Der Ertrag an Kartoffeln stellte sich auf mehr als 48,3 Millionen Tonnen, über 12 Millionen Tonnen mehr als im Jahre 1904, und die Getreinernte ergab 26,3 Millionen Tonnen, 4,8 Millionen Tonnen mehr als im vorausgegangenen Jahre. Und dieses Resultat wurde nicht etwa durch eine starke Vergrößerung der Anbaufläche erzielt, sondern durch die Ertragssteigerung pro Hektar, die bei Kartoffeln von 110 auf 145 Doppelzentner, beim Weizen von 36 auf 44 Doppelzentner pro Hektar stieg. Auch die diesjährige, noch nicht abgeschlossene Ernte verspricht nach den Saatensstandsberichten einen beträchtlich über den Durchschnitt des letzten Jahres stehenden Ertrag.

Von einer durch Mißernten verursachten Teuerung kann also nicht die Rede sein. Was ist aber dann die Ursache der jetzigen teuren Zeit? In der Hauptsache die dem Profitinteresse der ländlichen Großgrundbesitzer dienende offizielle Zoll- und Wirtschaftspolitik. Deutschlands Bevölkerung steigt durchschnittlich in jedem Jahre um anderthalb Prozent, und zugleich entwidelt sich das Deutsche Reich mehr und mehr zum Industriestaat. Die Folge ist eine steigende Nachfrage nach gemischten landwirtschaftlichen Produkten — nicht nur für den unmittelbaren einheimischen Verbrauch, sondern auch zur industriellen Verarbeitung, z. B. zur Herstellung von Bier, Schnaps, Likör, Konserven, Cakes, Delen usw. und deren Export nach dem Auslande. Diesen Bedarf vermag die einheimische landwirtschaftliche Produktion nicht mehr zu decken, und da die Zufuhr derartiger Bodenprodukte aus fremden Agrarstaaten durch Grenzsperrn, Einfuhrbeschränkungen und hohe Zölle teils verhindert, teils erschwert wird, so entsteht ganz naturgemäß ein Mißverhältnis zwischen dem künstlich verminderten Angebot und der steigenden Nachfrage, das zu einer allgemeinen Preissteigerung der betreffenden Erzeugnisse auf den einheimischen Märkten führt.

Wie hoch bereits die Preise für die wichtigsten Lebensmittel, Brot, Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Butter gestiegen sind, zeigt folgender Vergleich. Es betrug in Berlin der Großhandelspreis für:

	Pro Tonne	zur Zeit:	1905	Im Durchschnitt d. Jahre 1900/04
Roggen, guter	157 M.	152 M.	139 M.	
Weizen, guter	192	175	163	
Speisekartoffeln, mittel	53	53	44	
Butter, II. Qual. pr. Doppelztr.	210	227	212	
Pro Doppelzentner Schlachtgewicht				
Delen, II. Qualität	164 M.	137 M.	123 M.	
Käse, II. Qualität	108	147	132	
Dammel, I. Qualität	173	139	121	
Schweine, II. Qualität	139	128	105	

Demnach stehen zurzeit die Großhandelspreise in Berlin — und die Kleinhandelspreise richten sich nach diesen — für Brotgetreide um ungefähr 10 Prozent, für Kartoffeln um 20 Prozent, für Butter um 10 Prozent, und für Schlachtvieh um 30—40 Prozent höher als im Durchschnitt der Jahre 1900/04. Und diese Preissteigerung beschränkt sich keineswegs auf die vorgenannten notwendigsten Lebensmittel; die Preise einer Reihe anderer, ebenfalls im kleinen Haushalt ständig gebrauchter Bedarfsartikel als z. B. Kaffee, Heringe, Schmalz, Eier usw. befinden sich ebenfalls in der Aufwärtsbewegung. Daraus ergibt sich, daß heute der Arbeiter — wenigstens gilt das für den Berliner Arbeiter — einen um 15 bis 20 Prozent höheren Geldbetrag für die Anschaffung der nötigen Lebensmittel aufwenden muß, als im Jahresfünft 1900/1904. Dazu kommt, daß durchweg in allen Groß- und Industriestädten die

Mietspreise während der letzten Jahre beträchtlich emporgeschwungen sind. Eine genaue Statistik dieser Mietssteigerung gibt es natürlich nicht; einen gewissen Anhalt gibt aber immerhin die jüngst vom Tarifamt der Buchdrucker durch Umfrage bei deutschen Kommunalbehörden aufgenommene Statistik der Mietspreisveränderung seit dem Jahre 1901. Nach dieser Zusammenstellung sind in den letzten 5 Jahren die Mieten für kleine, aus Stube, Kammer und Küche bestehende Wohnungen in 352 Orten gestiegen, in 238 Orten ziemlich unverändert geblieben und in nur 11 Orten gefallen, und zwar beträgt die Steigerung in Altona 30 Mark, Wilhelmshaven 45 Mark, Saarlouis 48 Mark, Hörde, Iserlohn, Solingen, Offenbach, Bamberg und Pirmafens 50 Mark, München 51 Mark, Würzburg 55 Mark, Aichsaffenburg 72 Mark, Reg. 80 Mark, Konstanz 96 Mark. Selbst in den Städten des wirtschaftlichen Ostens stiegen die Wohnungsmieten in den wenigen Jahren: in Forst um 15 Mark, in Jaberze um 24 Mark, in Zeuthen um 26 Mark, in Bromberg und Danzig um 30 Mark usw.

Dafür sind zwar einige andere Bedarfsartikel des kleinen Haushalts in den letzten Jahren etwas im Preise gefallen, z. B. Zucker und Reis; aber dieser Rückgang kommt gegenüber der starken Verteuerung der vorgenannten Lebensmittel und der Steigerung der Mieten kaum in Betracht. Tatsache bleibt, daß heute der verheiratete städtische Arbeiter für die nötigsten Lebensbedürfnisse eine um 15 bis 20 Prozent größere Geldsumme zahlen muß, als noch vor wenigen Jahren.

Sind in gleichem Maße auch die Löhne gestiegen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Wohl ist es infolge des besseren Geschäftsganges, wenn auch meist erst durch schwere gewerkschaftliche Kämpfe, den meisten Arbeiterkategorien gelungen, den fast allgemeinen Rückgang der Löhne in den beiden Krisenjahren 1901 und 1902 wieder auszugleichen; einzelne Berufe haben auch den Durchschnittslohn noch etwas über den Lohnstand der Jahre 1899/1900 hinaus zu steigern vermocht; aber Lohnerhöhungen von 15 und 20 Prozent sind höchst seltene Ausnahmen. Rascher als die Löhne sind in den letzten Jahren die Preise der notwendigen Lebensunterhaltungsmittel gestiegen. Die deutsche Arbeiterklasse sieht sich in ihrer Lebenshaltung bedroht. Die Lohnerhöhungen, die sie während der letzten Jahre in schweren wirtschaftlichen Kämpfen errungen hat, gehen ihr nicht nur durch die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittel- und Mietspreise völlig wieder verloren, sondern die zunehmende Teuerung droht sie sogar auf eine Stufe der Lebenshaltung zurückzudrängen, die sie seit mehr als einem Jahrzehnt überholt zu haben schien. Die stetige Teuerung ist bereits zu einer ersten Gefahr für die Volksernährung, für das Existenzniveau der Arbeiterschaft geworden; und diese Steigerung ist keineswegs eine natürliche, wie die agrarische Presse behauptet, sondern in der Hauptsache die Folge einer Zoll- und Wirtschaftspolitik, die es als ihre Aufgabe betrachtet, zugunsten des Profits der ländlichen Großgrundbesitzer die Lebensmittelfuhr aus dem Auslande möglichst zu erschweren und einzuschränken. Damit die Junkertaxe, die sich gegen jede Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse stemmt, die bei jedem Streik sich hegend auf die Seite der Unternehmer stellt, höhere Profite einzustreichen vermag, deshalb wird durch zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft künstlich heruntergedrückt. Das nennt man christliche Sozialpolitik!

Die russische Revolution.

Diktator Stolypin.

Auf dem ihm zur Verfügung gestellten Rinnenkreuzer „Sibirskij Irsjol“ besuchte Minister Stolypin den Zaren in den finnlandischen Schären und hatte dort Gelegenheit, mit dem Zaren „vertraulich“ zu konferieren. Selbst der Hofmeister, Baron Frederiks, suchte einen Vorwand, um der etwa anderthalb Stunden dauernden Besprechung zwischen dem Zaren und dem Minister Stolypin nicht beizuwohnen!

Das Ergebnis der Reise Stolypins ist in mancher Beziehung von großer Bedeutung. So hat der Zar unter anderem die bisherigen Vollmachten Stolypins dahin erweitert, daß alle wichtigen Verfügungen nur unmittelbar von diesem zu erteilen sind. Auch werden von jetzt ab alle Minister, ausgenommen der Kriegs-, der Marine- und der Hofminister, ihre Verfügungen unmittelbar von Stolypin erhalten und auch diesem Rede und Antwort stehen müssen.

Regierungs-Banditen.

In der Presse liest man tagtäglich von Raubankfällen, Morden, Diebstählen, die als Begleiterscheinungen der russischen Revolution registriert und den Revolutionären zugeschrieben werden.

Wir haben diesen Nachrichten stets sehr skeptisch gegenübergestanden; denn es versteht sich von selbst, daß Auslands-Regierungssippe ihren Informationsapparat so spielen läßt, daß all jene Verlömmnisse — wenn sie nicht überhaupt erlogen sind — so dargestellt werden, daß ein ungläubiges Licht auf die Revolutionäre fallen soll. Erst kürzlich brachten wir eine offizielle Erklärung russischer Sozialdemokraten, aus der hervorging, daß diese von allem unnützen Blutvergießen sowie von den sogenannten „Konfiskationen“ privaten Eigentums dringend abraten.

Eine Privatmeldung, die dem „B. Z.“ zugeht, beweist, daß man in der Registrierung, vor allem aber in der Beurteilung



Emaile

Eimer ca. 28 cm, grau	70 Pf.	neublau, marmorier.	85 Pf.	Wasserkannen geblücht ca.	15 35	17 cm	45 Pf.
Eimer dekoriert mit Deckel			2.25	Teller dekoriert			12, 15, 18 Pf.
Eimer dekoriert mit Deckel, Messingbügel und -knopf			2.85	Schüsseln fisch. weiss	18, 20, 28,		33 Pf.
	ca. 50	55	60 cm	Butterdosen mit Teller			35 Pf.
Wannen oval	1.95	2.45	2.95	Kaffeekannen	35, 42,		60 Pf.
Seifnäpfe für die Wasserleitung			12, 15 Pf.	Kaffeekannen dekoriert	ca. 18	20 cm	1.35 1.75
Seifnäpfe Muschelform			25 Pf.	Wasserkessel mit Sack	75, 85,		95 Pf.
Wassermaasse m. Konsol	42 Pf.	mar-neublau	48 Pf.	Wasserkessel dekoriert mit Sack			2.25, 2.45
Wassermaasse mit Konsol dekoriert			1.25	Wasserkessel ohne Sack dekoriert			1.75, 1.95
	ca. 26	28	30 cm	Kasserollen ohne Ring	28, 33,		42 Pf.
Toiletteneimer weiss	1.95	2.35	2.65	Schmortöpfe ohne Ring	35, 48,		60 Pf.
Toiletteneimer dekoriert mit Einsetz- u. Korbhenkel			4.95	Sand-, Seife-, Soda-Garnitur dek.			1.95
Waschbecken dekoriert	70, 80,		95 Pf.				
Waschbecken dekoriert, grosse Form			1.95				

Holz- und Bürstenwaren

Leitern	Stufe	40 Pf.	Quirlgarnituren komplet mit Nudelrolle	1.65
Kohlenkasten	1.75, 2.25, 2.75		Fleischbreiter	10, 15, 25 Pf.
Küchenrahmen	2.95, 3.95, 4.90		Küchenbänke gestr.	1.45, 1.65, 1.85
Küchentische		6.75	Küchenschemel gestr.	95, 1.15, 1.30
Handtuchhalter	85, 1.25, 1.75		Plättbretter	95 Pf.
Putzkomoden mit 3 Schubladen		1.95	Holz-Kaffeemühlen	1.95
Wichs- oder Putzkasten		42 Pf.	Verdichtungsstränge	Pack 42 Pf.
Fussbänke		42 Pf.	Besen- oder Handtuchhalter	25 Pf.

Borstenbesen	48, 70, 90 Pf.	Scheuertücher	9, 12, 15 Pf.
Borstenhandfeger	30, 42, 48 Pf.	Stahlspähne	Paket 16 Pf.
Rosshaarbesen	95, 1.35, 1.65	Bohnerwachs gelb oder weiss	Dose 50 Pf.
Rosshaar-Handfeger	48, 75, 85 Pf.	Ausklopfer	28, 38 Pf.
Teppichhandfeger	30, 35, 38 Pf.	Möbelbürsten	35, 45 Pf.
Klosetbürsten	30, 38, 45 Pf.	Federwedel	25, 38, 48 Pf.
Schrubber	18, 25, 30 Pf.	Teppichkehrmaschinen	6, 75
Scheuerbürsten	8, 12, 15 Pf.	Cylinder-Putzer	7, 10, 15 Pf.

Blech- und Eisenwaren

Wirtschaftswagen mit emall. Zifferbl.	1.95	Eiserne ca. 100 120 140 160 180 cm	
Reibemaschinen	95 Pf.	Gardinenstangen	9, 12, 15, 18, 20 Pf.
Messerputzmaschinen auf Brett	6.25	Scheibengardinenstangen	8 Pf.
Messerputzschmirgel Dose	22 Pf.	zum Ausziehen, komplet mit Ringen und Oesen	
Briefkasten	28, 38, 48 Pf.	Zuggardinen-Einrichtungen	komplet 48 Pf.
Frühstückskasten	95 Pf.	Gallerie-Eisen	Paar 5 Pf.
Brotschneidemaschinen mit spitzem Messer	3.95, 4.95	Rollenkasten	Paar 12 Pf.
Waschsfänder	45, 75, 95 Pf.	Porzellanringe	1, 2 Pf.
Waschtische	1.95, 2.50, 3.25	Porzellanquasten	4 Pf.
Waschoiletten geschlossen, mit kompletter Einrichtung	16.50	Schnurführer	4 Pf.
Fleischhackmaschinen	2.85 4.25	Teppichnägel	Dutzend 15, 18 Pf.
Wasch-Zober Zink mit Holzboden	9.25, 11.75	Bildernägel	Dutzend 3, 4, 5, 7 Pf.
Waschfässer Zink mit Holzboden	8.75, 10.50	Konsolhaken	Dutzend 8, 10, 12, 15 Pf.
Waschfässer Zink, m. Holz-boden u. Wulst	9.50, 11.50	Haushaltnägel sortiert im Karton	25 Pf.
		Türpuffer mit Sobraube	12 Pf.

Bettstellen

Polsterbettstellen mit buntem Bezug	5.95	Ruhebett mit Sprungfedern, Dreilbezug	12.75
Polsterbettstellen mit buntem Bezug und Spiralboden	6.75	Eisen-Bettstellen braun mit doppeltem Spiralboden	6.85
Polsterbettstellen mit Dreilbezug, rein Seegras mit Verstrebung und Spiralboden	9.85	Eisen-Bettstellen mit doppeltem Spiralboden, schwarz lackiert	8.50
Eisen-Bettstellen schwarz lackiert mit hübschen Verzierungen und doppeltem Spiralboden			13.75

Kinderbettstellen in grösster Auswahl

Matratzen	3.25	Bettfedern grau, Pfd. 60,	1.00, 1.50
Matratzen Seegras, rot od. rot-rosa Dreil	6.95	Halbdaunen grau	Pfd. 2.00
Matratzen Indiatas, rot od. rot-rosa Dreil	9.50	Halbdaunen extra füllkräftig	Pfd. 2.80
Fertige Betten ganzer Stand	11.50, 16.00, 21.00, 28.75	Chinesische Daunen	Pfd. 2.75
		Halbweisse Gänsedaunen	Pfd. 4.25

Glas

Dessertteller gepresst	5 Pf.	Gambrinusbecher	9 Pf. mit Goldrand 12 Pf.
Kompottschalen gepresst ca. 18 16 21 23 cm	13 20 28 33 Pf.	Dessertteller Olivenmuster	6, 8 Pf.
Butterdosen gepresst	23 Pf.	Kompottschalen Olivenmuster ca. 18 18 21 23 cm	18 25 30 42 Pf.
Käseglocken Weinlaubmuster	33 Pf.	Butterdosen Olivenmuster	35 Pf.
Kuchenteller mit 6 Desserttellern	55 Pf.	Käseglocken Olivenmuster	48 Pf.
Zuckerschalen mit Fuss	13, 18 Pf.	Zuckerschalen Olivenmuster	12, 15, 20 Pf.
Salz- und Pfeffergefässe gepresst	5 Pf.	Sturzflaschen 12, farbige 22, mit Goldrand	28 Pf.
Teebecher mit Bordüre	10 Pf.	Bierbecher mit starkem Boden und Goldrand	15 Pf.

Porzellan

weiss	dekoriert		
Dessertteller verschiedene Formen	8 Pf. massiv 15 Pf.	Kaffeetassen Veichenmuster	18 Pf.
Speiseteller massiv, tief oder flach	20 Pf.	Kaffeekannen Veichenmuster	85 Pf.
Kaffeetassen mit Untertassen	9 Pf.	Kuchenteller mit Henkel	35 Pf.
Kompottschalen Rokokoform	25 Pf.	Butterdosen 1/2 Pfund	38, 48 Pf.
Salatschüsseln gerippt	15, 23, 30 Pf.	Dessertteller	15 Pf.
Bratenplatten	25, 35, 45, 75 Pf.	Kompottschalen Rokokoform	45 Pf.
Saucières verschiedene Formen	42 Pf.	Speiseteller	28 Pf.
Terrinen verschiedene Formen	1.45		

Teeservice dekoriert, 4 teilig **58 Pf.**

Kaffeesevice für 6 Personen, 9 teilig **2.25, 2.95, 3.95**

Tafelservice für 6 Personen, Veichenmuster **12.75** Rosenmuster **15.00**

Steingut

Vorratslonnen blau Zwiebelmuster	33 Pf.	Deckelnäpfe blau Zwiebelmuster	45 Pf.
Salz- od. Mehlresten blau Zwiebelmuster	85 Pf.	Kaffeetassen blau Zwiebelmuster	10, 12 Pf.
Salatiären blau Zwiebelmuster od. mit Fond Satz 7 Stück	1.55	Kaffeetassen blau Zwiebelmuster	15 Pf.
Salatiären weiss Satz 7 Stück	98 Pf.	Milchtöpfe Satz 6 Stück	1.65

Waschgarnituren **2.65, 3.50**

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm 1/2

Voraussetzung ihrer politischen Emanzipation und Herrschaft als Klasse. Die treibende und tragende Kraft als Klassen-

Prinzipiell bedeutet das aktive und passive Wahlrecht für das weibliche Geschlecht in seiner Gesamtheit die soziale Mündig-

Den Klassengegensätzen innerhalb des weiblichen Geschlechts zufolge tritt die bürgerliche Frauenbewegung nicht einheitlich

Die Frage des Frauenstimmrechts gewinnt mit der Verschärfung des Klassenkampfes erhöhte Bedeutung. Auf Seiten

Diesen Gesichtspunkten entsprechend erklärt die 4. Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eröberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten

Die Frauenkonferenz erklärt es des Weiteren als Pflicht der Genossinnen, sich mit aller Energie an den politischen

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Frau Mensing-Holland: Die Genossin Jettin hat bereits auf

Genosse Bebel (mit stürmischem, langanhaltendem Händeklatschen begrüßt): Parteigenossen und Genossinnen! Nach dem

Auf diese Weise bin ich aufs neue bestärkt worden in der Auffassung, daß diese Frage des Frauenstimmrechts einzig und allein

vom radikalsten Standpunkte

aus behandelt werden kann und behandelt werden darf. Die Sozialdemokratie kann keine andere Politik als die prinzipielle

für die Wichtigkeit dieser Auffassung liefert gerade die Erfahrung der Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren. Das Zentrum

Eine andere Frage ist die des Vereins- und Versammlungsrechtes. In manchen Staaten, sogar in reaktionären Sachsen, sind

Deutschland noch nicht gesehen

hat. Und genau so wie vor der Empörung seiner eigenen Arbeiter 1898 das Zentrum davor zurückschreckte, das Jugendgesetz

Den Genossen in Belgien, Oesterreich und Schweden ist ja zuzugeben, daß die kulturellen Zustände zum Teil dort noch tiefer

Für mich ist es ganz zweifellos: wenn wir Erfolge erringen wollen — und Erfolge müssen wir erringen —, so können wir sie

prinzipiellen Forderungen verzichten

und erklären, daß wir nur auf Konzessionen rechnen. Ich halte das für eine durchaus verfehlte Taktik und darum freute ich mich,

Frau Bengels-Berlin begründet einen Schlußantrag, Frau Braun-Berlin bittet, ihr als Vertreterin der englischen

Der Schlußantrag wird angenommen.

Auf eine Beschwärde, daß dadurch auch der Genossin Popp-Oesterreich das Wort abgeschnitten worden sei, erwidert

Vorsitzende Genossin Jettin: So hat nicht das Bureau, sondern die Versammlung entschieden.

Die Resolution Jettin findet einstimmige Annahme. Auch wird beschlossen, das Referat als Broschüre drucken zu lassen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Bildungsvereinigungen. Der Arbeiterbildungsausschuß zu Frankfurt a. M. beginnt seine Tätigkeit in diesem Winter

In literarischen Abenden werden veranstaltet: ein Jbsen-Abend, ein Zola-Abend, ein Dostojewski-Abend

Einigung in Forst. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Forst am Donnerstag machte der

Die Versammlung des Ortsvereins Forst hat von dem Bericht der Delegierten über die Generalversammlung in Gießen Kenntnis

Im Anschluß an den Bericht über diese Versammlung veröffentlichte die „Märkische Volksstimme“ folgende Erklärung:

Nachdem gestern abend der Ortsverein Forst durch Annahme der Resolution Klübs einen wesentlichen Grund unseres an den

Im Auftrage von 17 Unterzeichneten: Karl Lor.

Der Verein Arbeiterpresse, der zurzeit 44 Arbeitersekretäre, 15 Parteiangestellte, 33 Berichterstatter, 25 Gewerkschaftsredakteure,

In der weiteren Debatte kam es zu interessanten Auseinandersetzungen über den Wert der vervielfältigten Korrespondenzen im

In den Vorstand wurden gewählt Thiele, Rob. Schmidt, Lipinski, Schulz-Bremen und Eisner. Der Sitz des Ausschusses

Ueber die vom Verein gegründete Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung

Vom Fortschritt der Presse. Ein neues Parteiorgan haben sich die Genossen in Nordhausen geschaffen. Die erste

Eine Gesellschaftsreise Stuttgart-Heidelberg arrangiert der sozialdemokratische Verein Stuttgart für

Sozialdemokratischer Jugendverband für Dänemark. 32 Delegierte der sozialdemokratischen Jugendvereine Dänemarks haben am

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Straffonds der Presse. Wegen Verleumdung der Bromberger

4. Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands hält in der Zeit vom 23. bis 28. September in Frankfurt a. M. seine vierte ordentliche Generalversammlung ab.

Für die Generalversammlung hat der Vorstand einen detaillierten Rechenschaftsbericht über den Stand der Organisation in den einzelnen Bezirken herausgegeben, dem auf circa 100 Seiten die Resultate der im Jahre 1905 veranstalteten berufstatistischen Erhebungen angefügt sind. Diese Statistik zeugt von vielem Fleiß und gibt ein ziemlich genaues Bild von der wirtschaftlichen Lage der Bildhauerei Deutschlands.

Was zunächst die Entwicklung des Verbandes betrifft, so zeigen die Zahlen, daß auch die Bildhauerorganisation gute Fortschritte gemacht hat, besonders seit der Zeit, wo der Verein sich zu einer Kampforganisation entwickelt hat. Von 2908 Mitgliedern im Jahre 1893 ist der Verband gestiegen auf 4875 im Jahre 1905, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Bildhauergewerbe die Fluktuation — wie statistisch nachgewiesen wird — eine außerordentlich große ist. Der Vermögensstand des Verbandes betrug im Jahre 1905 88 574 M. Die Leistungsfähigkeit des Verbandes wird am besten durch folgende Zahlen veranschaulicht: In der Zeit, wo der Verband als eigenständige Kampforganisation seine Tätigkeit entfaltete, also von 1893 bis 1905, wurden an Beiträgen bezahlt: 1 363 596 M., an Eintrittsgeldern 7022 M., die Gesamteinnahmen betragen also 1 451 410 M. An Unterstütungen der Streiks usw. wurden in diesem Zeitraum bezahlt 158 390 M. (1905 allein 28 779 M.), an Arbeitslosenunterstützung am Orte 584 749 M. (1905 54 677 M.), an Unterstützung auf der Reise 114 467 M. (1905 8182 M.), an Unterstützung in Krankheitsfällen 131 637 M. (1905 10 988 M.), an Unterstützung in Sterbefällen 9750 M. (1905 515 M.), an Unterstützung in besonderen Notfällen 13 452 M. (1905 25 62 M.), an Unterstützung von Streiks anderer Gewerkschaften 17 073 M. (1905 1200 M.). Die Gesamtausgaben beziffern sich demnach auf 1 423 551 M. Das sind für einen so kleinen Verband ganz respectable Leistungen.

Wie groß die Fluktuation in der Organisation ist, zeigen folgende Zahlen: Von 1903 bis 1905 waren in den Verband eingetreten 2293, ausgetreten 283, ausgeschlossen wurden 2631, es starben 91, ins Ausland gingen 444, zum Militär 333 und zur See 226. Von den 4875 Mitgliedern im Jahre 1905 waren 2074 Holz-, 591 Stein-, 750 Metall- und Gipsbildhauer, 294 Holz- und Steinbildhauer, 224 Holz-, Metall- und Gipsbildhauer, 58 Stein-, Metall- und Gipsbildhauer und 62 Holz-, Stein-, Metall- und Gipsbildhauer.

Lohnbewegungen wurden 1903 insgesamt 18 inszeniert und zwar in 65 Betrieben mit 201 Beteiligten. Dabei drehte es sich in 14 Fällen nur um sogenannte Werkstattstreiks. Größere Lohnkämpfe wurden 1904 und 1905 ausgefochten. 1904 wurden 30 Angriffstreiks in 294 Betrieben inszeniert, davon 18 mit Erfolg, 9 mit teilweisem Erfolg und 3 ohne Erfolg. Dazu kamen 10 Abwehrstreiks in 10 Betrieben mit 74 Beteiligten. Davon waren 2 mit, 4 ohne und 4 mit teilweisem Erfolg begleitet. Lohnbewegungen ohne Streiks wurden 21 in 259 Betrieben mit 912 Beteiligten durchgeführt. Für 650 Beteiligte wurde dabei eine Lohn-erhöhung von 3,10 M. pro Kopf und für 415 Beteiligte eine Arbeitszeitverlängerung von 1,83 Stunde pro Kopf erzielt. 1905 wurden insgesamt 26 Angriffstreiks in 91 Betrieben mit 322 Beteiligten durchgeführt, davon 14 mit, 8 ohne und 3 mit teilweisem Erfolg. Abwehrstreiks fanden statt 9 in 22 Betrieben mit 64 Beteiligten; davon waren 2 mit und 6 ohne Erfolg. Aussperrungen wurden vorgenommen 10 in 29 Betrieben mit 123 Beteiligten; 5 davon wurden mit, 2 ohne und 1 mit teilweisem Erfolg abgewehrt. Dazu kamen noch 42 Angriffsbewegungen ohne Streiks in 142 Betrieben mit 463 Beteiligten und 6 Abwehrbewegungen ohne Streiks in 6 Betrieben mit 39 Beteiligten. Auch diese waren zum großen Teil von gutem Erfolg begleitet.

Auffallend groß ist die Arbeitslosigkeit der Bildhauer im Vergleich zu den anderen Berufen. Nach der auf Veranlassung des Reichstatistischen Amtes vorgenommenen Erhebung waren arbeitslos 1903 4003 Mitglieder in 2078 Fällen, 1904 4693 Mitglieder in 2537 Fällen und 1905 4875 Mitglieder in 2914 Fällen. Prozentual stehen die Bildhauer nach den statistischen Feststellungen des Reichsarbeitsblattes mit an erster Stelle. Daraus erklären sich die hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen.

Was nun die wirtschaftliche Lage der Bildhauer betrifft, so ist diese nach den berufstatistischen Erhebungen im Jahre 1905 keineswegs so glänzend wie man im allgemeinen glaubt. In der Holzbranche z. B. waren nicht weniger wie 1495 Bildhauer 70 813 Tage arbeitslos wegen Mangel an Arbeit. Der Wochendurchschnittslohn betrug nach dem Jahresertrahmen betrug 21,80 M., nach Wochenlöhnen in Lohn und Afford 26,20 M. In der Metallbranche waren 518 Bildhauer 33 129 Tage arbeitslos wegen Mangel an Arbeit und in der Steinbranche waren es 400 mit 22 404 Tagen. In der Modellbranche betrug der Durchschnittswochenlohn nach dem Jahresertrahmen 32,50 M., nach Wochenlöhnen 43,30 M., und in der Steinbranche pro Woche im Afford 46,50 M., im Lohn 41,95 M. und im Lohn und Afford 43 M. Dabei muß beachtet werden, daß die Ueberstundenarbeit in der Bildhauerei noch sehr im Schwung ist.

Dem Bericht sind einige Haushaltsbudgets von Bildhauern angefügt, aus denen ersichtlich ist, daß das Einkommen der Arbeiter im allgemeinen nicht ausreicht, selbst bei einer verhältnismäßig guten Konjunktur eine Familie zu ernähren, nicht einmal bei den bescheidensten Ansprüchen.

Partei-Angelegenheiten.

Tempelhof, Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei R. Müller, Verlinerstr. 41/42, hält Genosse Grünwald seinen dritten Vortrag über das Erstarke Parteiprogramm. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die händische Verkehrsdeputation

Akt gestern ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung sei hervorgehoben, daß der Polizeipräsident unter Ueberwindung weiterer Ausforderungen der Großen Berliner Straßenbahn betreffend die Schleißenanlage Dresdenstraße-Prinzenstraße um Neuerung ersuchte, ob seitens der Verkehrsdeputation noch an dem früheren ablehnenden Standpunkte festgehalten wird.

Es handelt sich hier um die Linien 27, 28, 29 und 30. Die Genehmigung zu der gewünschten Schleißenanlage war früher versagt worden, weil es unwahrscheinlich erschien, alle Wagen der Linien in das Stadtimere hineinlaufen zu lassen. Die Deputation beschloß nunmehr nach längerer Debatte, die Schleißenanlage unter der Bedingung zu gestatten, daß keine Einschränkung des bisherigen Verkehrs durch die Stadt erfolge. Mitbestimmend für diesen geänderten Beschluß war der Wunsch, für Rigdorf bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen.

Sodann ersuchte der Polizeipräsident um Aenderung, ob dem Tarife für die von der Großen Berliner Straßenbahn geplanten fünf Kraftomnibuslinien zugestimmt wird. — Die Große Straßenbahn-Gesellschaft hat die Absicht, folgende fünf Automobil-Omnibuslinien einzurichten: Schönberg-Hauptstraße bis

Köln, Fischmarkt event. Weiterführung bis zum Prenzlauer Tor, Schönberg Victoria Lustspiel bis Strausbergerstraße, Hansplatz bis Schleißisches Tor, Stettiner Bahn bis Kreuzberg, Weddingplatz bis Rigdorf. Die Länge dieser Linien schwankt zwischen 7 bis 9,5 Kilometer. Die Gesellschaft hat einen Tarif vorgelegt, nach welchem sie Strecken bis 5 Kilometer für 10 Pf., bis 7 1/2 Kilometer für 15 Pf., darüber hinaus für 20 Pf. zu fahren hätte. Der Polizeipräsident ist geneigt den Tarif zu genehmigen.

Von Charlottenburg und Schönberg waren Schreiben eingegangen, in denen der vorgelegte Tarif als zu hoch beanstandet wurde. Nach langer und eingehender Debatte, in welcher alle Anwesenden wiederholt das Wort ergriffen, wurde dem vorgeschlagenen Tarif die Zustimmung verweigert.

Die vor einiger Zeit ins Auge gefaßte Revision des Urbanhafentarifs wurde verworfen und der Umtausch für den Urbanhafen für 1907 nach der Vorlage genehmigt.

Der Vertragsschluss zwischen dem Hiesigen und der Stadtgemeinde betreffend die Verpachtung von Ladestellen vor dem zu errichtenden Lagerkomplex am Humboldthafen wurde mit einer Aenderung genehmigt und beschlossen, schleunigst in dieser Sache eine Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung zu bringen, damit mit dem Bau des geplanten Speichers unverzüglich begonnen werden könne.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft ersucht um Genehmigung zur Aufstellung fester Haltestellen an den Haltestellen ihrer Kraftomnibusse.

Die Mehrheit der Deputation hielt es für das richtige, solche Tafeln an den Gaslaternen anzubringen und beschloß, den Antrag der Gesellschaft der Gasverwaltung mit dem Erlauchen zu überweisen, gegen eine entsprechende Anerkennungsgeldgebühr das Nötige zu veranlassen.

Die „Große Berliner“ und die Vororte. Der Generaldirektor der „Großen Berliner“, Ministerialdirektor a. D. Wiede wohnte der letzten Sitzung der Reinickendorfer Gemeindevertretung bei, die sich mit der Straßenbahnfrage beschäftigte. Namens der Direktion der Großen Berliner erklärte Herr Wiede, daß diese es zwar als ihre moralische Pflicht betrachte, dem gesteigerten Verkehrsbedürfnis Rechnung zu tragen und den Berliner Vororten hinsichtlich entgegenkommen wolle, man dürfe aber von der Straßenbahn nicht verlangen, daß sie unrentable Linien errichte. Der Errichtung neuer oder verlängerter Straßenbahnlinien könne die „Große Berliner“ nur zustimmen, wenn sich die Gemeinden zu einer Garantie von 35 Pf. pro Wagenkilometer verpflichten und in die Verlängerung des Vertrages auf 90 Jahre willigen. Die Gemeindevertretung war von diesen Mitteilungen wenig befriedigt, verschiedentlich wurde ein gemeinsames Vorgehen mit der Stadt Berlin angeregt, die Beschlußfassung jedoch verweigert.

Ueber die Schießerei in Hohen-Neuendorf.

Über die wir gestern nach einem hiesigen Montagoblatte berichteten und bei der ein Zimmermann schwer verwundet wurde, erhalten wir heute Mitteilungen, die das ganze Vorkommnis in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen lassen. Unsere Genossen hatten am Sonntag im Bergmannschen Lokal in Stolpe einen Jubiläumabend für die Genossen von Stolpe und Hohen-Neuendorf abgehalten. Es war etwas spät geworden und die von Hohen-Neuendorf gekommenen Genossen traten gemeinschaftlich den Heimweg an. Es waren ihrer 9 und die Uhr zwischen 1/2 bis 3 Uhr. Als sie an das Bergmannsche Lokal kamen, irrten sie den Weg zwischen dem Restaurant und einem der dort stehenden Bäume passierend. Da hier große Bäume stehen, war es etwas dunkel und Personen nicht gleich zu erkennen. Da sich einer der Genossen an einen Mann an, wie sich herausstellte, an einen Beamten in Zivil, der mit noch einem Kollegen hier Posto gefasst hatte. Der Genosse entschuldigte sich, während ein anderer ein Streichholz anzündete, wobei sich ergab, daß der eine Gendarm aus Birkenwerder war und der andere aus Hohen-Neuendorf. Man ließ aber die Leute unbehelligt und setzte den Heimweg fort. Man hatte aber gleich den Eindruck, als ob die Beamten irgend etwas im Schilde fühlten, sonst hätten sie sich doch nicht in der Dunkelheit an der bezeichneten Stelle aufgestellt. Als die Arbeiter, sich unterhaltend aber nicht übermäßig laut, etwa hundert Schritte gegangen und bis zum Ende der Kirchhofmauer gelangt waren, mählen wohl die Beamten unter dem Schutze der Dunkelheit unbemerkt gefolgt sein, denn plötzlich belaneten mehrere der Gesellschaft mit Stöcken Schläge auf Köpfe und Arme, so daß zwei der Betroffenen sofort zu Boden stürzten, sich aber bald wieder erhoben. Dabei wurden einige die Worte gehört: „Jetzt haben wir Euch Schweine!“ Damit war aber der Ueberfall noch nicht zu Ende. Der eine Gendarm erhob seinen Stock wiederum, um auf einen anderen Betroffenen einzuschlagen, kam aber nicht dazu, denn der Stock wurde ihm entzogen. Während dieser zweiten Attacke hatte sich der andere Gendarm hinter der Kirchhofmauer versteckt, kam aber bald wieder hervor und als er etwa bis auf drei Schritte herangekommen war, zog er seinen Revolver und schoß dem vor ihm stehenden Zimmerer Adolf Hermann eine Kugel in den Unterleib. Während Hermann in die Arme seiner Begleiter sank, verschwand die Gendarmen. Der Schwerverletzte mußte nach seiner Wohnung nach Hohen-Neuendorf getragen werden, wo ein herbeigerufener Arzt seine Ueberführung nach Berlin anordnete. In der Charité liegt Hermann schwer danieder und es wird für sein Leben gefürchtet.

Die Sache selbst ist so ungeheuerlich, daß eine strenge Untersuchung gegen die Beamten sofort angeordnet werden muß. Sozialdemokraten sind auch im heutigen Staate noch nicht ohne weiteres als Feindbild zu betrachten, das man ohne viel Federlesens einfach niederknallen kann.

Militärischen Scheid bei den händischen Arbeitern zur Geltung zu bringen, scheint das erstrebenswerteste Ziel aller jener Leute zu sein, die „enwas zu sagen“ haben. Wie dem Ortsbureau des Verbandes der in Gemeinbedrieben beschäftigten Arbeiter mitgeteilt wird, haben die Straßenreiner Berlin sehr unter der Mähe einzelner Vorgesetzter zu leiden, die aus jedem Arbeiter ein willenloses Werkzeug machen wollen. Ein bei der Straßenreinigung beschäftigter Arbeiter, dessen Mähe während der letzten Regenzeit durch und durch nah wurde, setzte sich seine neue Kopfbedeckung auf, was den Aufseher veranlaßte, nach der alten Mähe zu fragen. Als der Geizige sogar sagte: „Nun, Sie sind doch Soldat gewesen, antwortete ihm der „Untergebene“ ganz richtig, daß man im händischen Straßenreinigungsbetriebe nicht Soldat, sondern Arbeiter sei. Der betreffende Arbeiter erhielt dann eine dreifache Strafarbeit addiert! Wenn wird gesehen, wenn das Personal vor dem Aufseher usw. Kramm steht und eine militärische Mähe und Haltung einnimmt. Viel Klage wird auch über das Lohnzahlungssystem geführt. Die dienstfreien Mannschaften müssen sich zu den Jahrestellen begeben und dort ihren hohen Lohn „lassen“. Es wäre auch an der Zeit, mit der Mäheigen Lohnzahlung zu brechen. Den Straßenreiner ist zu empfehlen, sich ihrer Organisation anzuschließen und das ist der Verband der Gemeinbedarbeiter, dessen Ortsbureau sich Alie Jakobstr. 145 befindet.

Genossenschaft. Außer den drei in voriger Woche erkrankten Eisenbahnern sind gestern abends drei Soldaten unter dem Verdacht der Genossenschaft nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof gebracht worden. Die Krankheit stellte sich bei den Leuten auf dem Übungsplatz an der Militärbahn ein, von wo sie mit dem nächsten Zuge nach Berlin befördert wurden. Zur Abwendung der Krankheit sind die umfassendsten Vorbereitungen getroffen worden.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern nachmittag auf dem Grundstück Tempelhoferstr. 18 ereignet. Auf dem dortigen Fabrikneubau wird gegenwärtig eine Dampfheizungsanlage hergestellt; gestern nachmittag waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einen

42 Zentner schweren Dampfessel nach dem Kesselbock zu transportieren. Plötzlich kam der Kessel ins Rutschen, stürzte die Treppe hinab und fiel auf den 40jährigen Arbeiter Karl Ruybold aus der Cranoldstr. 11. Die Kollegen machten sich sofort an die Befreiung des Verunglückten und brachten ihn dann in das Elisabeth-Krankenhaus. R. hatte schwere innere Verletzungen, sowie Arm- und Beinbrüche erlitten, und es ist wenig Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten.

Ein großer Zinn- und Bleibiebstahl ist gestern auf einem Neubau an der Prinz Heinrichstraße verübt worden. In dem Gebäude werden augenblicklich die Alampierarbeiten ausgeführt, zu welchem Zwecke erhebliche Vorräte an Zinn und Blei angefahren worden sind. Einbrecher hatten dies „ausbaldovert“ und in der gestrigen Nacht drangen sie in den Neubau ein und stahlen den größten Teil des Metalls. Sie entkamen unbemerkt mit ihrer „schweren“ Beute.

Bei einem Sturz in den Keller ist gestern abend der Kaufmann Heinrich Eigel aus der Ballaststr. 35 schwer verletzt worden. E. hatte in einem Geschäft in der Hauptstraße zu tun gehabt und als er die Treppe nach dem Kellergehoß hinunterstieg, glitt er plötzlich aus und stürzte ab. Schwerverletzt wurde der Verunglückte in die Königl. Klinik in der Fiegelstraße eingeliefert.

Von einem Auto-Omnibus überfahren wurde gestern vormittag die 76 Jahre alte Witwe Maxo Meier, Hochstädterstr. 9 wohnhaft. Die Grotlin war im Begriff gewesen, an der Ecke der Invaliden- und Hauptstraße einen Pferde-Omnibus der Linie 4 zu besteigen und dabei wurde sie von einem vorüberkommenden Automobil-Omnibus ungerissen und überfahren. Ein Schuttmann brachte Frau M. schwerverletzt nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße, wo sie die erste Hilfe erhielt.

Ein weiterer schwerer Unglücksfall im Straßenverkehr hat sich gestern abend in der Friedrichstraße zugetragen. Der 10jährige Schüler Paul Rentner aus der Zwillingstr. 10 war mit seinem 13jährigen Bruder über den Fahrdamm der Friedrichstraße gegangen, wurde dabei von einer Droschke gestreift, zu Boden geschleudert und vor den Augen des Bruders überfahren. In bewußtlosem Zustande wurde der Knabe, der anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten hat, dem Krankenhaus Roabit zugeführt.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern im Betriebe der Aktien-Gesellschaft von Panzer in der Vabstraße ereignet. Der 35jährige Schlosser Richard Günther, Lohenerstraße wohnhaft, verunglückte dadurch, daß die herabhängenden Ketten eines Lauftrahnes, die über die Arbeiter und deren Arbeit hinwegschleifen, eine aufgelauppte Treppentreppe von circa 12 Zentner, an der Günther beschäftigt war, erfassten, sodas dieselbe derart zuklappte, daß dem Günther die Wirbelsäule durchschlugen und der Brustkasten zerquetscht wurde. Zwei herbeigerufene Ärzte ordneten die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an.

Dieser Unfall, der seit kurzem der dritte in diesem Betriebe ist, soll nach unseren Informationen nur auf eine leichtsinnige Benutzung des Trahnes zurückzuführen sein, wie überhaupt in diesem Betriebe die Unfallgefahr dadurch erhöht wird, daß nur ein einziger Gang vorhanden ist, der mit Mähe und Rot ohne Unfall passiert werden kann. Für die Benutzung des Trahnes ist keine verantwortliche Person vorhanden, jeder, ob Lehrling oder Geselle, kann den Trahn benutzen. Ein verantwortlicher Trahnführer ist jedenfalls zu tener.

In aller Stille, wie er es gewöhnlich, wurde gestern nachmittag auf dem katholischen Kirchhof in Weihensee unser Kollege und Genosse Nikolaus Krauß zu Grabe getragen. An der Gruft legten Beauftragte des Parteivorstandes, der Berliner Genossen, der Redaktion und des Verlages und des Setzer-Personals des „Vorwärts“ Kränze nieder, dem Dahingegangenen den letzten Abschiedsgruß nachrufend. Vor dem Eingang zum Kirchhof wurden die Kranzträger belehrt, daß es mit der vom Zentrum so sehr betonten Toleranz nicht weit her ist, denn ein Mann in Hemdsärmeln erklärte, unter keinen Umständen den Einlaß zum Kirchhof zu gestatten, wenn nicht die roten Schleifen entfernt würden. Gefragt, wer er denn sei und woher er die Legitimation zu einem solchen Verbot nehme, erwiderte der Mann ganz in seiner Würde, er sei Kirchhofsaufseher und habe auch die Polizeigewalt auf dem Kirchhofe, Funktionen, die er schon viele Jahre ausübe; „er habe alles unter sich.“ — Ist mag es ja nicht vorkommen, daß der Mann in solche Situationen kommt, Kränze mit roten Schleifen auf dem Kirchhofe zu sehen, und wäre der Verstorbene nicht Oesterreicher gewesen, so hätten wir dem Aufseher den Publikum der roten Schleifen fäher eripart. Soviel uns bekannt, besteht nicht auf allen katholischen Kirchhöfen das Verbot der roten Schleifen.

Sei es wie es sei! Genosse Krauß ist auch so in die Erde gebettet worden.

Wir werden seiner gedenken!

Das Anhängen der Kinder an Wagen hat gestern wiederum zu einem schweren Unglücksfall Veranlassung gegeben. Der 9jährige Schüler Fritz Silinski hatte in der Eckstraße sich an der Hinterracke eines dem genannten Strahenzug passierenden Leitertwagens angeklammert und ließ sich so eine Strecke mitschleifen. In der Nähe der Provinzstraße versuchte der Knabe, von seinem Sitz abzuspringen, stürzte hierbei und geriet unter die Räder eines in entgegengesetzter Richtung fahrenden Arbeitswagens. Der Aufseher desselben hatte von dem Vorfall nichts bemerkt und so ging dem Knaben das linke Hinterrad des schweren Gefährtes über beide Beine hinweg. Der Kleine S. erlitt einen doppelten Unterschenkelbruch und wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt.

Günstliche Folgen hatte ein Unglücksfall, der sich gestern nachmittag in der Fernstraße ereignete und dem ein junges Menschenleben zum Opfer fallen wird. Die zehnjährige Tochter des Kaufmanns Werner aus der Fernstraße 31 hatte mit anderen Kindern vor dem Elternhause auf der Straße gespielt. Im Eifer des Spiels bemerkte die Kleine nicht das Herannahen eines Geschäftswagens, rannte feilsch gegen das Fuhrwerk und wurde niedergebissen. Die Räder des Gefährtes gingen dem Mädchen so unglücklich über den Kopf, daß ein komplizierter Schädelbruch herbeigeführt wurde. Die Augen waren dem bedauerndwerten Geschöpf bei dem Unglücksfall vollständig herausgerissen worden. Sterbend wurde die Kleine dem Augusta-Hospital zugeführt.

Beschwerden über Erlangung und Benutzung von Arbeiterwochenkarten geben uns wieder einige zu, sie sind aber nicht so erheblich, wie die kürzlich von uns veröffentlichte, wo eine Beamtin erklärte: „Nachbinder kriegen keine Wochenkarte!“ Diesmal ist's ein Schlosser, dem am Montag auf dem Bahnhof Wedding eine Arbeiterwochenkarte betriegtigt wurde. Der Schlosser, der mit Kragen und Kravatte erdienenen war, verlangte eine Wochenkarte nach Pantow. „Was für ein Pantow?“ fragte der Beamte. „Pantow-Nordbahn“ lautete die Antwort. Weitere Frage des Beamten: „Sind Sie denn überhaupt Arbeiter?“ „Na selbstverständlich, zum Beamten habe ich es noch nicht gebracht“, antwortete der Gefragte schlaffertig, da es nicht das erste Mal war, daß diese Frage an ihn gestellt wurde. Als der Arbeiter nun fragte, ob es nicht angängig sei, daß ein Arbeiter mit Kragen und Kravatte nach seiner Arbeitsstelle fahren kann, wurde ihm der kurze Bescheid, daß er eine Bescheinigung bringen müsse, welche besagt, daß er eben „Arbeiter“ sei. Es wird ihm nun weiter nichts übrig bleiben, als dieser Aufforderung nachzukommen.

Wenn allen Arbeitern, welche sich mit Kragen und Kravatten zur Arbeit begeben können, diese Bescheinigung abverlangt wird, und, wie es gewöhnlich am Wedding der Fall, nur ein Schalter ge-

Offnet ist, muß man sich hauptsächlich des Montags, wo der größte Teil der Arbeiterschaft seine Wochenkarten löst, eine halbe Stunde früher aus den Federn machen. Denn im wahren Sinne des Wortes stehen da die Arbeiter und Arbeiterinnen bis auf die Reinigendvorfrage und der zweite Schalter rührt im tiefen Frieden.

Eine andere Beschwerde richtet sich dagegen, daß einem Arbeiter mit seiner Wochenkarte, die falsch abgestempelt und obenrein von einem Schaffner verkehrläßig falsch durchsticht wurde, ganz erhebliche Schwierigkeiten bereitet wurden. Von Pontius zu Pilatus wurde er geschickt, um nur seine rechtmäßig gelöste Karte abfahren zu dürfen. Der Arbeiter teilt uns in einem längeren Schreiben seine Scherereien mit, die er gehabt hat, und erfährt, daß jeder Arbeiter auf die korrekte Abstempelung achten möge, damit es andern nicht so geht wie ihm.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Automobil fand gestern nachmittags auf dem Auguste Viktoriaplatz statt. Der Direktor der Zivillibranerie in Bremen, Julius Alvaros, der sich gegenwärtig geschäftlich in Berlin aufhielt, fuhr gestern in dem Droschkenautomobil Nr. 9852 den Kurfürstendamm hinunter, und als der Kraftwagen nach dem Auguste Viktoriaplatz einbog, stieß er mit einem entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 93 zusammen. Das Automobil wurde total zertrümmert und Direktor A. erlitt durch umherfliegende Glassplitter im ganzen Gesicht schwere Schnittwunden. Der Chauffeur wurde auf die Straße geschleudert und zog sich Querschnitten zu. Auf der Unfallstation am Zoologischen Garten erhielten die beiden Verunglückten die erste Hilfe.

Die Parteilagsliste 5024 aus dem fünften Kreis ist verloren gegangen, gezeichnet waren darauf 5.— bis 5,50 M. Bitte dieselbe abzugeben an Johanna, Marienburgerstr. 30, oder an den Kassierer Karl Kirste, NO 43, Reibestr. 9a.

Befehlsgangnahme eines unversicherten Zigarettenlagers. Zur Warnung sollte allen Zigarettenhändlern ein Vorfall dienen, der uns aus Hirdorf gemeldet wird. Ein dort wohnhafter Vertreter einer ausländischen Zigarettenfabrik unterhielt in seiner Wohnung ein großes Lager von Zigaretten, hatte dieselben bisher aber nicht versichert, da er in dem Glauben war, daß nur solche Zigaretten steuerpflichtig seien, die noch Zinkstücken des neuen Gesetzes eingeführt werden. Durch einen Zufall hatte die Behörde von dem unversicherten Zigarettenlager Kenntnis erhalten und so erschienen dieser Tage eine Anzahl Steuerbeamte, um das gesamte Lager zu beschlagnahmen. Vergeblich protestierte der Vertreter gegen diese Maßnahme; nachdem auch Polizeibeamte hinzugezogen waren, mußte er den ganzen Zigarettenbestand herausgeben.

Zeugen gesucht. Passanten, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag an der Kreuzung Diefenthaler- und Biezengrabenstraße gesehen haben, wie der Arbeiter Reichert überfallen und mißhandelt wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Obigem, Stettinerstraße 12, abzugeben.

Arbeitervertreter-Verein. Am Donnerstagabend hält Herr Dr. Leibholz im Gewerkschaftshaus einen Vortrag über „Traumatische Neurose“.

Wie die Rechtsprechung beim Reichsversicherungsamt und bei den Landesgerichten zeigt, ist die traumatische Neurose eine häufige Folge von Unfallverletzungen. Es ist daher für die Besitzer der beiden Körperkassen äußerst wichtig, sich hierüber gute Kenntnisse zu verschaffen.

Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Der Bebauungsplan für das im Ortsteil Karlshorst gelegene Terrain lag zur Genehmigung vor. Derselbe Plan stand schon in einer früheren Sitzung zur Beratung, wurde aber an die Wegebaukommission verwiesen, weil öffentliche Plätze nicht genügend vorgesehen waren. Die Wegebaukommission schlug nun der Gemeindevertretung vor, von der Gesellschaft an Stelle der kleinen Plätze, einen zusammenhängenden Block von circa sieben Morgen für öffentliche Zwecke zu verlangen. Alle Redner, mit Ausnahme des Gemeindevorstehers, sprachen sich für den Vorschlag der Wegebaukommission aus. Diese Parteimahme des Gemeindevorstehers zugunsten einer Privatgesellschaft wurde durch den Genossen Vinteler gleich festgelegt. Der Vorschlag der Kommission wurde zum Beschluß erhoben und der Bebauungsplan in dieser Form genehmigt. — Die Stellungnahme des Gemeindevorstehers berührt eigenmächtig. Erst kürzlich als der Bebauungsplan für das Terrain des Schaffhausener Bauvereins genehmigt werden sollte, erklärte er: Es würden der Gesellschaft durch die geforderte Tiefenerlegung unerswingliche Lasten auferlegt, sodas das ganze Geschäft unrentabel würde. Diese Erklärung ließ den Gemeindevorsteher geradezu als Freund und Gönner der Grundstücksspekulation erscheinen. Den größten Teil der Sitzung nahm die Abänderung des Gasvertrages mit der Imperial-Continental-Gas-Affoziation ein. Wie wir schon früher berichteten, läuft der jetzige Vertrag noch bis 1912. Der Gemeindevorsteher verfuhr nun mit allen Mitteln, den Vertrag um 50 Jahre zu verlängern; diese Vertragsverlängerung wurde vor kurzem von der Gemeindevertretung abgelehnt. Unsere Genossen wandten sich damals mit aller Entschiedenheit gegen eine erneute Auslieferung von öffentlichen Anlagen an Privatgesellschaften. Man gewinnt den Anschein, als ob der Gesellschaft die Vertragsverlängerung auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden soll. In der Debatte traten für Vertragsverlängerung nur der Gemeindevorsteher Ködert sowie der Schöne Reschle ein, während die übrigen Redner zahlreich nachwiesen, welchen immensen Vorteil die Gemeinde habe, wenn sie die Gaserzeugung in eigene Regie übernehme. Trotzdem diese Zahlen durch gedruckte Etats anderer Gemeinden mit eigenen Gasanlagen belegt wurden, wurde doch die Möglichkeit derselben durch den Gemeindevorsteher und seinem Anhang bestritten. Ein Kompromißantrag, die Nachprüfung dieser Berechnungen einer demnächst zu wählenden Kommission zu übertragen, wurde angenommen.

Treptow-Dammshulenteveg.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung Kenntnis von einem Schreiben der Regierung, wonach die Abnahme der Kanalisation erfolgt und die Einrichtungen für die Arbeiter in der Pumpstation als modern und mitsprechend bezeichnet werden. — In die Voreinschätzungskommission zur Staatskassensteuer wurde unter anderen auch Genosse Gramenz gewählt. — Ohne wesentliche Debatte wurde der Bericht über die Etatsüberschreitungen entgegengenommen und die Prüfung dem Rechnungsausschuss überwiesen. Für die, für ein ausstehendes Mitglied erforderliche Ergänzungswahl wurde von uns Genosse Karow in Vorschlag gebracht mit der Begründung, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung an diesen Abrechnungslegungen auch interessiert sei. Der Vorschlag fand jedoch nicht den Beifall der bürgerlichen Vertreter; gewählt wurde ein Gemeindevorstandsmittglied. Die wesentlichen Überschreitungen setzen sich wie folgt zusammen: Grundeigentum 8000 M., Schulverwaltung 5445 M., Feuerwehr 5000 M., Straßenverwaltung 7515 M. usw. Andererseits sind auch Mehreinnahmen zu verzeichnen, worunter 22 000 M. Gemeindeeinkommensteuer, 9000 M. Gewerbesteuer, 35 000 M. Umsatzsteuer, 4000 M. Biersteuer, 1500 M. Polizeistrafen usw. vorhanden sind. Es verbleibt ein Ueberschuß von etwas mehr als 17 000 M. Zur Polizeistrafe bemerke der Gemeindevorsteher, daß er als Amtsvorsteher an der Mehreinnahme unschuldig sei. Einem vom Gemeindevorstand Gramenz (Soz.) gestellten Antrag, die Etatsüberschreitungen den Vertretern gedruckt vorzulegen, soll entprochen werden, wenn die Prüfungen erfolgt sind.

Die Kosten für das von Berlin erwerbene Grundstück zur Erweiterung des Schulhauses in der Nießholzstraße wurden bewilligt und betragen 15 M. pro Quadratmeter; vor einigen Jahren kostete der Quadratmeter nur 3 M. Der Bau soll zum April seiner Bestimmung übergeben werden und bildet dann mit der alten Schule

eine Gemeindeparkschule. Durch die steigende Bevölkerungszunahme in Dammshulenteveg wird sich in kurzer Zeit auch diese als zu klein erweisen, es sind deshalb vom Gemeindevorsteher Verhandlungen über den Erwerb eines größeren Grundstücks eingeleitet. Die Gemeindevertretung stimmt dem zu.

Ohne Debatte wurde die Kanalisationsgebühren, welche nach dem Gebäudevermehrungswerte bemessen wird, auf Antrag des Vertriebsratters auf 2 1/2 Proz. festgesetzt. Dieser niedrige Satz ergibt sich aus dem hohen Nutzungswert der Anstalt, welcher 71 350 M. beträgt. Die Wasserrente, welche sie in die Kanalisation führt, beträgt mehr als die Hälfte des ganzen Lotes.

Eine Polizeiverordnung, welche besagt, daß zur Spülung an Klosetts nur Wasserläden angebracht werden dürfen, wurde auf Grund einer Petition des Grundbesitzervereins aufgehoben mit der Bestimmung, daß Rohrunterbrecher genügen. — Die bei Regenwetter vorhandenen Ueberschwemmungen verursachen der Gemeinde durch das Fortschaffen des Wassers bedeutende Kosten; nach längerer Debatte hierüber wurde dem Bauamt die Beschleunigung des Entwurfes zur Regenwasserkanalisation empfohlen. — Wenig Entgegenkommen zeigt die Gesellschaft der Siemens-Bahn, die die auf den Schienen sich sammelnden Wassermengen auf den Damm schüttet und der Gemeinde alles weitere überläßt. Hiergegen sollen Schritte unternommen werden. Der Salammweg — Eisenstraße genannt, in welcher Berlin die Unterhaltung hat, spottet bei kaltem Wetter jeder Beschreibung. Genosse Gramenz brachte diesen Zustand zur Sprache und beantragte, Berlin zu veranlassen, wenigstens eine Beschäftigung vorzunehmen. Der Gemeindevorsteher verfuhr dem nachzukommen, bemerkte jedoch, daß Berlin in dieser Hinsicht etwas langsam sei, denn schon im Frühjahr sei eine juristische und eine technische Person nach Treptow gekommen, um sich davon zu informieren, weiter sei noch nichts geschehen. — Ueber die 1 1/2-jährige Tätigkeit der Schulärzte, wovon bisher noch nichts bekannt war, interpellierte Genosse Gramenz. Der Gemeindevorstand bestätigte nur den Empfang der Berichte und glaubte mit der Weitergabe an die Regierung seiner Pflicht genügt zu haben. Ihm wurde aber erwidert, daß vor allen Dingen die Vertretung Kenntnis davon erhalten müsse. Dilem wird nachgekommen werden und sollen die Berichte bei den Gemeindeverordneten zirkulieren.

Brieg.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Weniger. Durch die Kassenrevision wurde festgestellt, daß die Einnahme Ende August 990 500 M. betragen, denen eine Ausgabe von 490 018 M. gegenübersteht. Für den Erweiterungsbau der Gemeindeparkschule sind 140 000 M. verausgabt worden, hinzukommen noch 45 000 M. für die Turnhalle und einige Nebenausgaben, so daß die Gesamtansgaben 190 000 M. betragen. Zur Regelung der Rudoverstraße, zwischen Teufelskanal und Buschweg, hat die Kommission beschlossen, den Rudodamm 15 Meter breit anzulegen, und zwar derart, daß die Gelasse der Straßenbahn höher liegen sollen. Neben kleiner Einwendungen wurde der Regulierung der Rudoverstraße zugestimmt. Gleichfalls zugestimmt wurde der Errichtung eines Brunnen zum Trinken der Tiere. Auch soll für eine bessere Beleuchtung Sorge getragen werden. Beschlossen wurde die Errichtung eines Statterheilkurorts, an welchem etwa 20 Kinder teilnehmen sollen. Dem Antrag, für bauliche Veränderungen im Parkhaus die Hälfte der 4900 M. betragenden Kosten tragen zu helfen, traten unsere Genossen und ein Teil der bürgerlichen Vertreter entgegen und vertreten den Standpunkt, überhaupt nichts zu bewilligen. Der Gemeindevorsteher meinte, selbst wenn alle Gemeindevorteiler dagegen stimmen, müßte die Gemeinde doch zahlen; die Landgemeinde-Ordnung schreibe vor, daß der Patron das Material zu liefern und die politische Gemeinde die Ausführungskosten zu tragen habe. Es werde demnach auch die nicht unbedeutende Anzahl der Dissidenten gezwungen, für eine Institution Opfer zu bringen, mit der sie innerlich schon längst gebrochen haben.

Mariensfelde.

Ein seltener Betriebsunfall ereignete sich vor einigen Tagen im Daimlerwerk. Dortselbst wollte der in Altdorfer wohnhafte Arbeiter Carl Schulz mit dem rechten Fuß ein Stück Eisen vom Amboss schieben, als in demselben Augenblick das Ventil des etwa 20 Zentner schweren Dampfhammers sich löste und der Hammer dem Rechten auf den rechten Fuß herabsank. Der Fuß wurde vollständig zerschmettert. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus geschafft.

Pantow.

Die Wahlen zum Gewerbegericht finden am 12. November statt. Zu wählen sind drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer. Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr am Tage der Wahl vollendet hat und im Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Geschäft hat. Die Wählerlisten liegen aus im Rathaus, Zimmer 35, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und zwar nur bis zum 29. September einschließl. Es werden insbesondere die Vertrauensleute der Werkstätten aufgefordert, für das Entzogen ihrer Kollegen in die Wählerlisten Sorge zu tragen. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Tegel.

Gemeindevorteilerung. Als Beibehaltung für Gemeinde-Fortbildungsschule hat die Regierung 1800 M. gewährt. Der Kreis Niederbarnim gab 300 M. Zuschuß zu den Anschaffungskosten der Einrichtung. Da sowohl Reinholdsdorf wie Wittenau mit dem Gewandten umgehen, die Straßen zu asphaltieren, so waren kirchlich Offerten der in Frage kommenden Firmen seitens Tegels eingeholt worden. Diese lagen jetzt vor. Als Grundlage der Kalkulation diente meist der für die Stadt Berlin bestehende Vertrag. Im Prinzip erklärte sich die Gemeindeverwaltung mit der Asphaltierung von Straßen in der Nähe von Schulen und Kirchen einverstanden. Ein bestimmter Preis wurde jedoch nicht gesetzt. Dieser wurde verlagert, bis Gewißheit vorhanden ist, wohin die zu erbauende Realschule der Gemeinde kommt.

Spandau.

Mit der Entlassung des Vorstandes des „Vereins der königlichen Institute“ beschäftigte sich am vergangenen Sonnabend eine öffentliche Versammlung. Der frühere Vorsitzende, Herr Weber, wies nochmals auf die Gründe hin, die die Direktion zum Gegenstand seiner Entlassung gemacht habe. Die Umstellung, er habe von Herrn Dr. Karl Liebnicht 3000 M. erhalten, um den Verein ins sozialdemokratische Fahrwasser zu bringen, wies er mit aller Schärfe zurück. Auf die an die Polizeimeisterei gerichteten Mitteilungen habe er zur Antwort erhalten, daß die Kündigung zu Recht erfolgt sei, da er durch sein Verhalten im Vorstand oder als Mitglied des Vereins namentlich in der Versammlung am 27. Juni sozialdemokratischen Bestrebungen Vorschub geleistet habe. In der an das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat anschließenden Diskussion sprach als erster Redner Dr. Karl Liebnicht, der seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß durch seine Mißgunst vier Familienväter außer Lohn und Brot gekommen seien. Des weiteren rief er die Vorgänge der damaligen Versammlung nochmals in Erinnerung und meinte, daß hier nur von einer falschen Denunziation die Rede sein könne. Die Arbeiterinteressen werden auch nicht vom Neuen Wahlverein vertreten, ebensowenig von Herrn Pauli. Wenn dem so wäre, hätte man nicht Ursache, Sozialdemokraten in ihren Versammlungen das Wort vorzunehmen. Es sei der Gipfel der Feilheit, wenn man selbst die Straußgeworbenen nicht sprechen lasse. Durch derartige Maßnahmen könne nur die Sozialdemokratie profitieren. Die nachfolgenden Diskussionen sprachen im Sinne des Referats.

Der Durchführung der Arbeiterbildungsvereine werden nicht nur von den Unternehmern große Schwierigkeiten in den Weg gelegt, auch von der Polizei, die mit der Kontrolle beauftragt ist, wird auf die Innehaltung dieser Vorschriften so gut wie gar kein

Gewicht gelegt, wofür verschiedene Tatsachen Zeugnis ablegen. So haben des öfteren die hiesigen Wäler in ihren öffentlichen sowie in ihren von der Polizei überwachten Mitgliedsversammlungen Klage darüber geführt, daß die Vorschriften die Weiterverbreitung betreffend von den Arbeitgebern nicht beachtet würden. In einer öffentlichen Versammlung wurden sogar die Namen der betreffenden Arbeitgeber genannt und dem überwachenden Polizeibeamten übergeben mit der Notifizierung, seiner vorgehenden Behörde hiervon Mitteilung zu machen. Das einzige Ergebnis war, daß eine einzige Revision stattfand, daß es aber nach der Revision genau so aussah wie vorher. Der revidierende Kommissar soll sogar dem Meister gesagt haben, wenn er kein Verzeichnis verarbeite, brauche er auch nicht die geforderten Einrichtungen zu schaffen. Der Kommissar hatte aber kein Verzeichnis gesehen, obwohl ein aufgemachtes Buch von 8 Zentnern in der Werkstatt stand, ganz abgesehen von den vielen dreihäftigen Büchern, die vorhanden waren. Bei anderen Meistern geschah gar nichts. Diese antworteten höchstens den in dieser Sache vorstelligen werdenden Gesellen in recht höflicher Weise, und in den Sitzungen der Innung zu denen der Gehilfenauschuss geladen war, machte man es nicht besser. Schließlich wandten sich die Arbeiter beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten. Darauf wurden wohl einige Arbeitsstellen revidiert und die Unternehmer veranlaßt, der Weiterverbreitung nachzukommen, aber diese Revisionen erstreckten sich nur auf solche Geschäfte, die von Konstanten bei der Polizei denunziert worden waren. Notwendig ist es, daß sämtliche Materialgeschäfte einer eingehenden Kontrolle unterzogen werden hinsichtlich der Durchführung der Arbeiterbildungsvereine. Zu verurteilen ist es auch, daß bei Schluß des Arbeitsverhältnisses 25 Pf. abgezogen werden für das Weiterverbreiten.

Uns will scheinen, als ob hier der Polizei Aufgaben übertragen worden sind, denen sie nicht gewachsen ist, andererseits hat sie auch mit der Überwachung von Arbeiterversammlungen wie der Arbeiterbewegung überhaupt soviel zu tun, daß sie zu solcher gemeinnützigen Tätigkeit keine Zeit übrig hat. Das beste wäre schon, wenn für die Durchführung dieser Arbeiterbildungsvereine Kontrollen aus den Kreisen der Arbeiter entnommen würden, dann kann man sicher sein, daß die Vorschriften auch erfüllt werden.

Potsdam.

Am heutigen Mittwoch findet abends 8 1/2 Uhr eine Volksversammlung im Restaurant Labyrinth statt. Tagesordnung: Arbeiterbildung. Referent: Genosse Georg Bernhard-Ehrhartenburg. Alle Bildungsfreunde sind hierzu freundlich eingeladen. Der Vorstand der Arbeiterbildungsschule für Potsdam und Umgegend.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beleidigung eines oberbairischen Polizeibeamten hatte sich unser verantwortlicher Redakteur Genosse Weber gestern vor Gericht zu verantworten. Beleidigt fühlt sich der Kriminalbeamte Wenzlawial aus Boguskiß-Jawodzie, einem Kaschawort von Kattowik.

In der Nr. 88 vom 15. April d. J. hatten wir unter der Ueberschrift „Oberbairische Polizeibeamte“ einen Artikel gebracht, der sich in der Hauptsache mit Verleumdungen des Amts- und Gemeindevorstehers Hinzner in Boguskiß-Jawodzie befaßte. Es wurde in dem Artikel mitgeteilt, daß dieser Amts- und Gemeindevorsteher auf Grund eines Gemeindevorstandesbeschlusses gegen eine Abfindung von 5000 M. seinen Posten aufgegeben hat. Der Grund, daß dieser Amtsvorsteher auf so ehrenwürdige Weise seinen Posten verließ, lag darin, daß in einer Gerichtsverhandlung verschiedene Fälle groben Amtsmissbrauches aufgedeckt worden waren, die sich Herr Hinzner hatte zu Schulden kommen lassen, und die auch ein Disziplinarverfahren gegen den Amtsvorsteher zur Folge hatten, in dem noch weitere schwere Verfehlungen desselben zur Sprache kamen. Nebenher war in unserem Artikel auch die Rede von dem Polizeibeamten Wenzlawial. Es wurde gesagt, dieser Beamte, die rechte Hand des gegangenen Amtsvorstehers, gehe ebenso wie dieser mit Beleidigungsklagen gegen Personen vor, durch die er sich verletzt fühle. So habe er einen Kesselschwärter wegen Beleidigung verurteilt, vor dem Schöffengericht sei jedoch festgestellt worden, daß Wenzlawial der Verwaltung des Krankenhauses, wo der Kesselschwärter probitorisch angestellt war, Angaben machte, auf Grund deren der Kesselschwärter seine Stellung aufgeben mußte. Ferner sagte der Artikel, in einem anderen von Wenzlawial angeklagten Beleidigungsprozeß sei festgestellt worden, daß derselbe sich einem Mädchen gegenüber, welches er amtlich zu vernehmen hatte, nicht korrekt verhalten habe. Trotz alledem sei Herr Wenzlawial noch im Amte.

Die Verhandlung gegen Weber fand am Dienstag vor der 2. Strafkammer des Landgerichts 1 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Duast statt. Die Anklage ist aus § 185 des Strafgesetzbuches erhoben, die Staatsanwaltschaft sieht also, wie auch der Erste Staatsanwalt Steinbrecht in der Verhandlung sagte, auf dem Standpunkt, daß der Artikel nicht unwahre Tatsachen behauptet, sondern daß nur durch einen gewissen böhsischen Ton, sowie durch einzelne Ausdrücke der Polizeibeamte Wenzlawial in seiner Würde und Ehre als Beamter gekränkt ist. — Auf Begehren der Staatsanwaltschaft waren Wenzlawial und das Mädchen, mit dem er sich vergangen haben soll, als Zeugen geladen. Außer auf die Vernehmung dieser beiden erstreckte sich die Vernehmung dessen, was in den beiden erwähnten Beleidigungsprozessen über das Verhalten des Wenzlawial im Falle des Kesselschwärters und des Mädchens festgestellt worden ist. Die Verweissung ergab, daß alles, was im Falle des Kesselschwärters über Wenzlawial in unserem Artikel gesagt ist, durchaus dem Urteil des Kattowitzer Schöffengerichts entspricht, welches noch erheblich schärfer, als es in dem Artikel zum Ausdruck kommt, über Wenzlawial geurteilt hat. Das Urteil, welches die Berufungsinstanz in dieser Sache fällte, ist allerdings erheblich günstiger für Wenzlawial ausgefallen. Dies Urteil ist jedoch durch die Presse nicht bekannt geworden, während das Schöffengerichtsurteil in der „Kattowitzer Zeitung“ veröffentlicht wurde, von da den Weg in andere Zeitungen fand und auch zu unserem Artikel die Grundlage abgab. — Nach der Verweissungnahme in dem gegenwärtigen Prozeß vor der Berliner Strafkammer steht immerhin so viel fest, daß Wenzlawial aus den Akten der Staatsanwaltschaft, die ihm gerade vorliegen, Mitteilungen über Vorstrafen des Kesselschwärters an den Krankenhausverwalter gemacht hat, ja, daß schon am Tage vorher ein junger Mann von 16 Jahren, der als Gehülfe auf dem Amtsbureau beschäftigt war, derartige Mitteilungen an die Krankenhausverwaltung gelangen ließ, auf Grund deren der Kesselschwärter gefällig wurde.

In dem anderen Falle, der den Umgang mit dem Mädchen betrifft, befreit Wenzlawial, daß er sich etwas Derartiges habe zufauchen kommen lassen. Auch das als Zeugin vernommene Mädchen konnte in dieser Hinsicht nichts Belastendes beibringen. Es wurde in dieser Hinsicht festgestellt, daß das Kattowitzer Schöffengericht einen Mann freigesprochen hat, der angeklagt war, den Wenzlawial dadurch beleidigt zu haben, daß er ihm vorwarf, er habe das betreffende Mädchen abends an einem bestimmten Ort bestellt, um mit demselben unzüchtigen Verkehr zu treiben. Wenn auch die Tatsache eines solchen Verkehrs nicht erwiesen werden konnte, so nahm das Kattowitzer Schöffengericht doch an, daß der angeklagte Beleidiger den Umständen nach habe annehmen können, Wenzlawial habe einen derartigen Verkehr beabsichtigt.

Der Erste Staatsanwalt plaidierte auf Verurteilung aus § 185, der Artikel lasse die Abicht der Beleidigung erkennen. An sich strebe er, der Staatsanwalt, auf dem Standpunkt, daß solche Beleidigung eines Beamten mit einer Gefängnisstrafe gefahret werden müsse, aber da der Angeklagte noch nicht vorbestraft sei, die Angaben des Artikels sich auch zum Teil mit dem Urteil erster Instanz decken, beantrage er eine Geldstrafe von 100 M.

